

25.11.92

Vorlage

an den Bundesrat

Fragen an die Bundesregierung zur "Kurdistan-Politik der Bundesregierung"

DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Hannover, den 24. November 1992

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß Beschluß des Niedersächsischen Landesministeriums vom 24.11.1992
sende ich beiliegenden Fragenkatalog zur

"Kurdistan-Politik der Bundesregierung"

zur Beantwortung durch die Bundesregierung.

Ich beantrage, die Fragen auf die Tagesordnung der 649. Sitzung des Bundesrates am 27.11.1992 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

Fragen an die Bundesregierung zur "Kurdistan-Politik der Bundesregierung"

1. Trifft es zu, daß es für den BMI nach § 54 Satz 2 des AuslG keine rechtlichen Hinderungsgründe gibt, seine Zustimmung zu der von einzelnen Bundesländern beabsichtigten Verlängerung des Abschiebestopps für Kurden aus der Türkei zu erteilen, selbst wenn nicht alle Bundesländer einen solchen Abschiebestopp erlassen wollen?
2. Wie wird der BMI gegenüber dem Antrag des Landes Niedersachsen auf Verlängerung des Abschiebestopps für Kurden aus der Türkei entscheiden, nachdem der Deutsche Bundestag einstimmig einen solchen Abschiebestopp befürwortet hat, ohne dafür Bundeseinheitlichkeit zu fordern, und nachdem der BMI selbst eine solche Maßnahme gegenüber den Bundesländern grundsätzlich befürwortet hat?
3. Welche Art von Munition beabsichtigt die Bundesregierung der Nienburger Firma Euro-Metal zur Produktion und zum Export in die Türkei zu genehmigen? Trifft es zu, daß es sich hierbei um Artillerie-geeignete Streubomben handelt?
4. Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Militärhilfe für die Türkei und der Entscheidung über die Erteilung des Einvernehmens zur Verlängerung eines Abschiebestopps?
5. Wie schätzt die Bundesregierung die aktuelle Kriegssituation in Türkisch-Kurdistan ein, und welche Maßnahmen hat sie unternommen, um die wiederholte Verwendung deutschen Kriegsgeräts gegen die kurdische Bevölkerung zu unterbinden?
6. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mittlerweile der 13. Journalist in diesem Jahr von Todesschwadronen in Türkisch-Kurdistan ermordet wurde?